

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Klitzsch, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Carbow, Magdeburg. Druck von Franz Bellig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1867. Redaktion: G. Mühlstraße 8, Fernsprecher 981.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pf. In der Expedition sind den Abonnenten die Beilagen kostenlos beigegeben. Einzelne Nummern 5 Pf. — Postgebühren sind extra zu zahlen. — Insetionsgebühr: die sechsgeheilte Zeile 15 Pf. — Postgebühren sind extra zu zahlen.

Nr. 169.

Magdeburg, Donnerstag den 21. Juli 1904.

15. Jahrgang.

Königsberger Geheimbund- und Hochverratsprozess.

Eigener Bericht.

g. Königsberg i. Pr., 19. Juli.

Siebenter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung überreicht Erster Staatsanwalt Dr. Schüke einen Brief des Oberstaatsanwalts Dröschner, der mitteilt, daß ihn die Ladung erst jetzt erreicht hätte. — Da bereits auf die Vernehmung dieses Zeugen verzichtet ist, wird der Brief durch Kenntnisnahme erledigt.

Die rote Fahne.

Sachverständ. Prof. Rost hält gegenüber der neulichen Auffassung des Rechtsanwalts Liebnecht seine Gruppierung aufrecht. Das „große Banner“ stehe rein auf dem Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und charakterisiere diese Richtung genau. Nadeschkin andererseits stehe im wesentlichen auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie. Er gehöre nur insofern zu den Sozialrevolutionären, als er den Terror unter gewissen Umständen anerkennt. — Vert. Liebnecht: Die „rote Fahne“ wurde von einer Gruppe herausgegeben, die längst nicht mehr besteht. Selbst wenn dieses Organ hier und da den Standpunkt der Sozialdemokratie vertritt, kann es zur Charakterisierung dieser Partei nicht dienen. Nadeschkin schließlich stand, wie schon wiederholt betont wurde, außerhalb jedes größeren Parteiverbands. — Zeuge Buchholz: Bezüglich der „roten Fahne“ irrt der Rechtsanwalt. Sie wurde, wie die „Iskra“, von der ausländischen Parteibehörde der russischen Sozialdemokratie herausgegeben, denn die Partei war damals gespalten; die eine Richtung gab die „rote Fahne“, die andere die „Iskra“ heraus. Geringfügig kann den Äußerungen Nadeschkins keinerlei Wert zugeschrieben werden. Man kann nicht sagen, er gehöre zur sozialrevolutionären Partei, eher umgekehrt. Ursprünglich gab es in Rußland nur eine revolutionär-terroristische Richtung. Aus ihr hat sich, wie Sie aus den älteren Schriften ersieht, allmählich die sozialdemokratische Partei entwickelt. Denselben Weg ist auch Nadeschkin gegangen, wenn er auch nicht völlig sozialdemokratisch geworden ist. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Caspar: Dieser Nadeschkinschen Richtung sind auch die Schriften aus dem „Swoboda“-Verlage zuzuschreiben. — Vert. Liebnecht: Aber die „rote Fahne“ erschien zu der Zeit, wo die sozialdemokratische Arbeiterpartei noch nicht die jetzige Organisation hatte. — Zeuge Buchholz: Ihr jetziges Programm und ihre Organisation hat die russische Partei allerdings erst auf ihrem zweiten Parteitag erhalten.

Wer besaß die Schriften?

Es soll nun ermittelt werden, welche Schriften bei den jetzigen Angeklagten gefunden worden sind. — Sachverständiger Professor Rost: Die Schriften sind leider nicht so geordnet, wie sie angekommen sind, sondern wie sie nach der Ueberführung von mir zurückgegeben sind. — Vors.: Demnach ist es nicht möglich, die auf die Angeklagten entfallenden Schriften sofort besonders hier aufzubauen. — Vert. Liebnecht: Aber einmal wird das doch gesehen müssen.

Zunächst wird die Riste aufgedeckt, deren Inhalt durchweg bei Mertins gefunden ist. Ihr Inhalt besteht aus mehreren Tausend Exemplaren verschiedener Nummern der „Iskra“, ferner aus einzelnen Broschüren, durchweg in russischer Sprache: „Der Arbeiter in der revolutionären Bewegung“ von Plechanoff, das „Arbeiterprogramm“ von Lassalle, „Revolution und Konterrevolution“ von Marx, „Wobon ein jeder lebt“ von Dickstein, jodann Programmentwürfe und zwei kleinere Flugblätter. Nach Auskunft des Sachverständigen sind dies durchweg Schriften der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die Jarenwürderin.

Die nächsten Schriften sind Nummern der „Iskra“, des wissenschaftlichen Organs der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Als der Name der Mitarbeiterin Wera Cassius liest, macht der Staatsanwalt darauf aufmerksam, daß sie an der Ermordung Alexanders 2. beteiligt gewesen ist. — Vert. Haase: Aber seitdem ist sie die allerhöchste Gegnerin des Terrorismus geworden.

In einer „Arbeiterhymne“ lautet der Schluss: „In unserm Kampfe werden wir uns nicht der Krone des Selbstherrschers nähern; die mit dem Blute des Volkes übergossene Krone wird einst von selbst zusammenbrechen.“ — Vert. Schwarz fragt an, bei wem eigentlich die „Sarja“ gefunden sei. — Der Vorsitzende meint, daß Aktuar Brandstetter schon einmal gesagt habe, sie stamme von Kugel. — Vert. Schwarz: Dann habe ich mich berührt. Ich bitte die Frage zu wiederholen. — Vors.: Ein Ueberhören ist ganz unmöglich, der Zeuge hat ganz laut gesprochen. — Zeuge Aktuar Brandstetter bestätigt, daß ein Exemplar, das den Namen Kugels trage, bei diesem gefunden sei. Die andern könnten vielleicht auch von Klein stammen.

Die „verbrecherischen“ Schriften.

Es folgt die Schrift „König Hunger“, bei Klein gefunden. Sie trägt das Motto: „Im Kampfe sollst Du dein Recht finden“ und ist als Nr. 1 der „Bibliothek für Volkskämpfer“ von den Sozialrevolutionären herausgegeben. Die Kapitel dieser Schrift: Arbeiterhymne, Arbeitsteilung, Kaufschware, Warentwert, Geld etc. zeigen schon, daß es sich um ein nationalökonomisches Werk handelt. Zu allgemeinem Erstaunen findet sich nur noch ein Exemplar vor. Auf die Prüfung wird verzichtet, da für das Delikt der Verbreitung das eine Exemplar nicht in Betracht kommt.

Es folgt eine Schrift „Der Spion“, in vier Exemplaren beschlagnahmt; bei wem, ist nicht zu ermitteln. — 24 Exemplare der Schrift „Gruamskheiten gegen politische Verbrecher in Sibirien“ sind bei Kugel gefunden, ebenfalls bei diesem sind in sehr großer Zahl Exemplare der kleinen Broschüre „Die Arbeiterpartei“ gefunden. — So geht die Prüfung fort.

Die Titel der nächsten Broschüren sind: „Politik und Offiziere“ und die Matinee in Chartois. Wo diese Broschüren beschlagnahmt sind, ist nicht festzustellen, doch läßt der Vorsitzende hinzusetzen „Memeler Kiste“, weil entweder Klein, Treptow oder Kugel Besitzer der Broschüre war. — Bei der Broschüre „Gruamskheiten gegen politische Verbrecher“ kann zunächst nicht festgestellt werden, welcher Richtung der Verlag „Libre parole“ (Das freie Wort) angehört. — Zeuge Buchholz bezeugt den Sachverständigen, daß dies der Verlag der Genfer Anhänger Tolstois sei. Ebenso macht er darauf aufmerksam, daß die Liga der russischen revolutionären Sozialdemokratie nicht etwa mit der heutigen Partei der revolutionären Sozialisten zusammenfalle, sondern die mehr auf den politischen Kampf gerichtete Gruppe Plechanoff-Agelrod der russischen Sozialdemokratie der ihrer Vereinigung mit der vorwiegend gewerkschaftlichen auf dem zweiten Parteitag bezeichne. — Eine Broschüre „Aus dem Soldatenleben. Märchen und Wahrheit“ ist bei Rost gefunden worden, insgesamt 80 Exemplare. Die ganze Broschüre schildert, wie jetzt im russischen Regiment alles betrunken sei, der Hauptmann den Soldaten prügelt. Der Verfasser malt dann als Zukunftsbild aus, wie ein gegen streikende Arbeiter geschicktes Bataillon haufenweise zum Volke übergeht und mit ihm in den Ruf einstimmt: „Mehrer mit der Selbstherrschafft, es lebe die politische Freiheit!“ — Eine weitere Broschüre „In der Kaserne, Beobachtungen eines Arbeiters“ schließt folgendermaßen: „Es wird die Sache einer langen und systematischen Propaganda in der Armee selbst und noch mehr inmitten der arbeitenden Massen sein, aus der sich die Armee rekrutiert. Jeder Schritt auf diesem Wege vorwärts wird seinen Reflex in der Kaserne haben; bis die Armee Hand in Hand mit dem sich erhebenden Volk die Ketten der Jahrhunderte langen Sklaverei abzuwickeln und das Volk von dem schimpflichen Joch des Absolutismus befreien wird.“ — Zur Erklärung dieses Zitats weist Verteidiger Liebnecht auf zwei andere Stellen hin. Die eine lautet: „Ich will nichts gegen die Strenge der Disziplin sagen, weil ohne diese die Armee überhaupt unmöglich ist.“ Aber ist die Armee überhaupt nötig? — Dann schließt sich eine längere Empfehlung des Milizsystems.

An einer andern Stelle heißt es: „In welche ist die Armee unbesieglich. Man muß durch die Revolution die moralischen Einflüsse mitreißend zur Sache der Freiheit und zum Kampf gegen die Unterdrückung. Es ist ein großer Fehler der Demonstrationen, das Heer beim Erscheinen mit Steinen und Werfungsgegenständen zu empfangen. Die Ueberr von Angriffen ist ja notwendig, aber man darf nicht selbst zum Angriff übergehen.“ Dann heißt es weiter: „Die Armee raubt dreifach das Volk aus“ und auf diese Verlegung folgt dann der von der Staatsanwaltschaft zitierte Schluss. — In Zusammenhang damit steht eine andere Broschüre, die beim Besitzer Millart gefunden wurde. Sie ist von der sozialistisch-revolutionären Partei herausgegeben und beginnt mit dem Hinweis auf die Art der Verwendung gegen den „innern Feind“, gegen berammte Bauern, protestierende Studenten, Sektierer sowie gegen streikende Arbeiter allüberall. Viel Blut sei geflossen, aber jetzt sei es Zeit, die Waffen gegen die Bedrücker zu richten. „Gegen die Kommandeure der Soldaten, die beschließen, auf das Volk zu schießen, richtet eure Bajonette und Kugeln; nicht gegen eure Väter und Brüder, sondern gegen eure Unterdrücker vereinigt eure Waffen mit denen der Bauern und Arbeiter. Das Blut, das fließen wird, fällt auf die Feinde der Arbeitersache zurück. Laut ruft die Erregung von allen Seiten, in Städten und Dörfern erdröhnen Schläge, Unheil und Verderben überlindend den Volksfeinden.“ Es wird dann weiter dargelegt, daß der Treueid nicht binde; er sei doppeldeutig; dem Jaren und dem Vaterlande. Der Jar sei aber ein Feind des Vaterlandes, zudem hätten die Jaren oft selbst den Eid gebrochen. Viele seien dadurch auf den Thron gekommen, daß sie ihren Vorgängern die Kreuze brachen und sie ermordeten ließen. „Jar“ sei auch nur ein Wort. Es habe keine nützliche und dumme, gute und rohe Jaren gegeben, den grausamen Johann, den wahnsinnigen Paul und Alexander 1., der den Soldaten das Leben schwerer gemacht habe als im Zucht haus. Zum Schluss werden die Soldaten daran erinnert, daß sie ihrer Klassenlage nach auf die Seite des Volkes gehören und daß die Regierung nur auf sie sich stütze. — Vert. Liebnecht macht darauf aufmerksam, daß auch in dieser Schrift dargelegt werde, wie allmählich der Zarismus verankert und ganz langsam desorganisiert werden würde. — Eine ähnliche Broschüre „Offiziere und Politik“ von Serebrioff ist gleichfalls nur in etwa sechs Exemplaren vorhanden aufgefunden worden. Der Sachverständige Prof. Rost geht dann über zu der bereits erwähnten Schrift „Der Spion“. Sie enthalte eine Schilderung, die auch auf deutsche Verhältnisse zutreffen könnte. Ein Arbeiter wird durch die Ungunst der Verhältnisse allmählich dazu geführt, als Spion der Polizei anzugeben, was er unter seinen Arbeitskollegen, Weibern, gehört hat. Schließlich wird der Spion in einer finstern Nacht ermordet.

Eine Flugchrift der „Swoboda“-Gruppe „Aus dem Land von heute“ ist in 153 Exemplaren bei Klein gefunden worden. Sie schildert, wie ein Mädchen im Gefängnis von einem hohen richterlichen Beamten vergetrautet und dann von dem Gefängniswächter mißbraucht worden ist und sich schließlich selbst in der Bergwerkung getötet hat. Bei der eingeleiteten Untersuchung sei der Beamte mit — Verlegung bestraft worden. In einem andern Falle hat die Sibauer Polizei die Teilnehmerinnen einer Arbeiterversammlung einfach mit der gelben Kontrollmarke versehen, d. h. unter die Prostituierten gestellt. Die Flugchrift schließt: Die Kronen sind uns verhasst, die Märtyrer des Volks ehren wir! Die mit dem Blute des Volks besetzten Throne werden wir mit dem Blut unser Feinde purpurn färben! Schönungslos schlagen allen Feinden, allen Parasiten des Volkes, Raube und Loh allen Königen und Kapitalisten! Nahe ist die feterliche Stunde des Sieges. Auf zum blutigen Kampf!

Formeller Zusammenbruch der Anklage.

Nach einer Pause von 10 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende teilt mit, daß vom Justizministerium folgendes Telegramm eingegangen ist:

„Landgericht Königsberg i. Pr. Das auswärtige Amt erteilt die Auskunft dahin, daß zwischen dem Deutschen Reich oder

Preußen und Rußland ein Staatsvertrag, wie ihn Artikel 260 des russischen Strafgesetzbuchs vor sich sieht, nicht besteht. Auch in Gesetz des Inhalts, wie ihn Artikel 260 des Strafgesetzbuchs vorgesehen, ist im auswärtigen Amt nicht bekannt. Ob ein solches besteht, würde in Rußland festzustellen sein. Bez. Der Reichskanzler. J. B.: Franziskus. Auskunft folgt in Urskrift nach.“

Der Erste Staatsanwalt Dr. Schüke beantragt, sofort den vom Auswärtigen Amt indigierten Weg einzuschlagen und durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Petersburg Auskunft von den russischen Behörden eingeholen.

Vert. Liebnecht: Es ist nur zu befürchten, daß diese Auskunft 3 bis 4 Wochen dauern könnte, bei der Buntlichkeit und Bereitwilligkeit der russischen Behörden uns gegenüber. Schließlich hätten wir auch alle Veranlassung, die Zuverlässigkeit der Auskunft zu prüfen.

Der Gerichtshof zieht sich nun zur Beratung über den von der Staatsanwaltschaft gestellten Antrag zurück.

Nach etwa 20 Minuten erscheint er wieder und befragt den Sachverständigen Professor von Kugelner, ob und wie die russischen Gesetze publiziert würden. — Der Sachverständige teilt mit, daß die Verordnungen in zwei Zeitungen, dem „Regierungsboten“ und der allrussisch erscheinenden „Sammlung der Verordnungen und Gesetze der Regierung“ erfolge. — Sachverständ. Dr. Wallach macht darauf aufmerksam, daß vollständige Gesetzsammlungen in Seminar für osteuropäische Geschichte in Berlin seien. — Vert. Heinemann fragt an, ob man nicht den russischen Generalkonsul mit der unparteiischen Vermittlung des Gesetzes betrauen könne. (Sittliche langanhaltende Heiterkeit.) Vielleicht könne auch Professor Rost etwa 100 Bände überlegen. (Erneute Heiterkeit bei der Richter; den Angeklagten und im Zuschauerraum.)

Gieraus zieht sich der Gerichtshof wieder zurück und verkündet nach 15 Minuten folgenden Beschluss: Durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Petersburg eine amtliche Auskunft darüber einzuholen, ob in Rußland ein publiziertes Gesetz besteht, das nach § 260 die Gegenfeitigkeit verbürgt, und wo es eventuell zu finden sei.

Die Waffen der Unbewaffneten.

Danach wird die Verlesung der Schriften fortgesetzt. Nach einer nur vereinzelt vorgefundenen Schrift über Gewalt, gegen die Jude, folgt ein Aufruf einer agrar-sozialistischen Liga: „Mehrer mit der Dieben, Räubern und Erpressern. Dann wird der Rat gegeben, Stände zu provozieren. Es werden Beispiele gegeben, nach denen Polizisten ermordet worden sind. Es heißt dann weiter: „Niemand wird freiwillig auf seine Lieblingsbissen verzichten. Von unten, von dem Polizei-Sergeanten an muß das System bekämpft werden. Jeder kann kämpfen, jeder muß kämpfen.“ — Vert. Liebnecht bittet, die Stelle über das Provozieren von Unruhen im Wortlaut vorzulesen. — Es ergibt sich, daß der Nachsatz lautet: „Man muß bei jedem Zusammenstoß mit der Polizei einen Skandal provozieren, Gewalt gegen Gewalt setzen und wenn die Polizei schlägt, wieder schlagen.“ Weiterhin werden verlesene Stellen aus einem Aufruf an den gesamten russischen Bauernstand, herausgegeben von der sozialrevolutionären Gruppe. Sie fordert auf, endlich die gekrümmten Rücken zu glätten und zu verlangen, was man durch Bitten nicht erreicht habe. Das Volk solle endlich für die gebotene Wahrheit eintreten. Wenn die Intelligenz der Stadtbewohner und Landarbeiter sich zusammenschließen, dann glunge es den großen und kleinen Bauern schlecht. Werde das Volk zur Gewalt greifen, werde die Steuern bewweigern, keine Truppen mehr lassen. — Ebenfalls bei Klein in einem Exemplar gefunden ist eine von eben dieser Gruppe herausgegebene Schrift: „Mit uns läßt sich nichts machen“ von Plechanoff. In 1/2 wird der Raum ausgefüllt mit der Schilderung der Lage der Arbeiter in der Weberindustrie. Dann wird gegen die Regierung der Vorwurf erhoben, daß sie die Arbeiter mit Gewalt in der elendesten Lage hielt und ihnen keinen andern Ausweg ließe als den politischen Mord. — Von weiteren beschlagnahmten Nummern der „Iskra“ aus dem Jahre 1901 läßt sich nicht feststellen, bei wem sie gefunden worden sind. Es heißt da: „Ebenso im Interesse seines Endzieles wie der augenblicklichen unmittelbaren Verbesserung seiner Lage muß das Proletariat die Beteiligung der Selbstherrschafft und die Verdrängung einer sozialdemokratischen Form, in der sein Klasseninteresse gelebte Schug genosse.“

In einem andern Artikel heißt es: „Wir müssen den Feinden nicht nur gelegentlich vereinzelt Schläge beibringen, sondern sie hartnäckig auf der ganzen Linie bekämpfen, sie nicht dahin verfolgen, wo sie Bedrückung sehen und Haß ernten. Schließlich wird die Freude ausgeprochen über den guten Verlauf einer Demonstration in Petersburg auf dem Newski-Platz, und es wird aufgeföhrt, diese Waffe der Unbewaffneten weiter zu gebrauchen.“ — Die folgenden Nummern sind aus dem Jahre 1903 meist in großer Zahl und bei mehreren der Angeklagten gefunden worden. Eine solche Nummer vom 15. April hat folgenden Inhalt: Die Ausschlagung der Solidarität; der reformistische Sozialismus des Herrn Walerand; die Demonstration am 2. März in Kofow; die Ereignisse in Wina; Chronik der Arbeiterbewegung in Bordeaux; aus dem Arbeiterleben; aus der Partei; usw. Der Artikel fährt aus, daß die an sich nützliche Reform der Ausschlagung der Solidarität der Bauern für die Steuerlasten durch die Bureaokratie werde bereitgestellt werden.

In einer späteren Nummer wird die Frage untersucht, warum im verflochtenen Jahre keine Massendemonstration zustande gekommen sei. Einige Helden hätten vor der Menge demonstriert und Nieder mit der Selbstherrschafft gerufen, aber die Menge sei still geblieben. Das sei keine Massendemonstration. Die Ausschlagung müsse viel weiter getragen werden. Was bis jetzt geschah sei, diese nur der Prolog zum Prolog des großen Dramas sein. — Es folgt ein Manifest aus dem Jahre 1901, in großen Mengen der Klein beschlagnahmt. — Vert. Haase: Mir scheint es schlechterdings unmöglich, daß diese Flugblätter von 1901 bei Klein gefunden worden sind, der erst im Jahre 1903 Vertrauensmann geworden ist. Da muß eine ganz

Kolossale Konfusion

stattgefunden haben. Mir liegt profassinal zwar gar nichts daran, denn das Flugblatt fordert nur den Achtundzigt und die politische Freiheit; aber es scheint doch recht schwierig zu sein, für diesen Prozeß auch nur objektive Grundlagen zu schaffen. Wir haben es ja

vorher gehört, daß die bei Klein, Kugel und Treptau beschlagnahmten Schellen nur durch Hande getrennt in einer Kiste verpackt worden sind. Kann dieses durcheinander gekommen sein. ...

Vert. Plehnecht macht darauf aufmerksam, daß im russischen Text an Stelle der Punkte der Satz steht: "Mancher wird durch die ..."

Als letzte Schrift wird die Schrift Marlow's "Die Arbeiterfrage in ..."

Die Verbrechen der Jarenregistrierung. Vert. Plehnecht: Ich habe noch einen Beweisantrag zu stellen. ...

Ober eine geheime Mitteilung des russischen Gesandten an den Direktor des Asiatischen Departements vom 23. Januar desselben Jahres, in der der Gesandte folgenden Bericht des Kaufmanns Nowikow zu unterfertigen bittet:

Der Kaufmann bittet, ihm zu gestatten, aus Staatsfabriken Gewehre und Revolver befreit Lieferung an die bulgarische Armee zu kaufen. ...

Ober ein Telegramm vom 12. Februar 1888 zwischen denselben Persönlichkeiten, in dem es heißt: Der Kaufmann Nowikow reist nach Petersburg, um, wenn möglich, ...

Schließlich noch folgendes Telegramm des Direktors des Asiatischen Departements an den russischen Gesandten in Bulgare, das ich seiner hohen Bedeutung wegen hier wörtlich wiedergebe:

Der Präsident des Komitees der russischen Wohlthätigkeitsgesellschaft hat den Direktor der Staatspolizei gebeten, die Beamten des Departements anzuweisen, den Bulgaren bei der Entfernung des Prinzen von Koburg aus dem Fürstentum und bei der Beilegung der dortigen ...

machen, wenn sie Bestrebungen auf Umsturz der russischen Verfassung unterstützen. ...

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 20. Juli 1904.

Der Prozeß des Baren.

Dem "Vorwärts" wird über die Dienstag-Sitzung aus Königsberg telegraphiert: Ein Prozeß wie der Königsberger ist sicher ohne Vorbild in der ganzen Justizgeschichte der modernen Kulturstaaten, und wir vermuten, daß man keinerlei Neigung verspüren wird, ihn nachzuahmen. ...

Die erste Vorfrage, bevor von der Staatsanwaltschaft etwas unternommen werden durfte, war natürlich die Prüfung, ob die nach deutschem Recht geforderte Gegenseitigkeit verbürgt sei. ...

Es war durchaus falsch und ungerecht, die Schuld an der Weltblamage dieses Prozesses etwa dem Königsberger Staatsanwalt zur Last zu legen. ...

Nach der telegraphischen Nachricht des Auswärtigen Amtes in Berlin ist der Prozeß erledigt. Er muß zwar streng prozessual bis zum bitteren Ende — jeder neue Tag eine neue Bloßstellung der Ankläger — durchgeführt werden. ...

Indessen, der Erste Staatsanwalt sucht noch das papirne Port Arthur seiner Anklage zu halten. Die heitere Anregung in dem Bescheid des Auswärtigen Amtes, in Rußland selbst nach dem in Berlin unheimlichen Gegenseitigkeits-Gesetz zu suchen, ...

Das Gericht beriet lange über den Antrag des Ersten Staatsanwalts, unklüßig fehrte es in den Saal zurück, um sich von dem Sachverständigen Professor v. Neuhner belehren zu lassen, in welcher Weise und wo die russischen Gesetze veröffentlicht seien. ...

Freilich, man soll nicht hochmütig auf Rußland herabsehen. Russischer kann in "Väterchens" Reich kaum ein Prozeß vorbereitet werden, wie dieser Hochverratsprozeß. ...

send der ganzen Zeit der Voruntersuchung hat sich die Verteidigung ebenso unablässig wie vergeblich bemüht, den objektiven Tatbestand festzustellen und zu ermitteln, was denn den einzelnen Angeklagten zur Last gelegt werde. ...

Das Belastungsmaterial befindet sich in dem Zustand einer Sortiments-Buchhandlung, die durch ein Erdbeben oder durch einen Kofaleinbruch durcheinander geraten ist. ...

Die Sortierung erforderte viel Zeit und stellte große Ansprüche an die Geduld. Der Betrieb wurde häufig durch lange Pausen voller Ratlosigkeit gestört. ...

Mit einem höchst eindrucksvollen Antrag endigte die heutige Sitzung. Wenn schon das Wort "revolutionär", von Russen geschrieben, in Deutschland strafbar sein soll, dann muß man auch ein Urteil über den systematischen Terrorismus gewinnen, den das absolutistische Regiment selber ausübt. ...

Dem Gericht war der Antrag zu schwierig. Es wird erst morgen Beschluß fassen. —

Der Konflikt zwischen Frankreich und dem Vatikan.

Der französische Ministerrat hat am vergangenen Sonnabend einen Beschluß gefaßt, der höchstwahrscheinlich zu einem vollständigen Bruch mit dem Vatikan und zur Kündigung des Konkordats führen wird. ...

Einige der französischen Bischöfe sind, da sie sich den Anordnungen der französischen Regierung anzupassen bestrebt waren, bei dem Heiligen Stuhle nicht sehr beliebt, besonders trifft das zu auf die Bischöfe von Laval und Dijon. ...

Diese Provokation beantwortete der Ministerpräsident damit, daß er dem Bischof den Befehl zugehen ließ, Frankreich nicht zu verlassen. ...

Die schwarzen Verräter.

(Nachdruck verboten.)

In der Residenz des früher liberalen „Musterländchens“ Baden spielte sich eine hochinteressante politische Komödie ab. Das Spiel der Verfassungsreform ist entschieden, und es steht fest, daß der positive Abschluß des Werkes der badischen Verfassungsreform ein Werk der Reaktion ist. Die wenigen Volksvertreter in der zweiten badischen Kammer, welche mit dem ersten Willen einer Verfassungsreform im modernen Sinne Lauterkeit der Absichten verbinden, d. h. die Sozialdemokraten haben es nicht zu hindern vermocht, daß dem badischen Volk das Danaergeschenk des zwar direkten aber mit schweren und direkt gegen die Arbeiter gerichteten Gegengewichten belasteten Wahlrechts gemacht wurde.

Seit 30 Jahren wird der Kampf um die Verfassungsreform in Baden geführt und mit erhöhter Energie seit anderthalb Jahrzehnten. Aber die ursprüngliche Kampfstellung der Parteien untereinander und zur Regierung hat sich in allerlecker Zeit gänzlich verschoben. Es ist ein Stück Entwicklungsgeschichte des Zentrums, das sich in dem Rahmen der Verfassungskämpfe abgepielt hat, und diese Entwicklung hat sich in so normalen Bahnen der Zentrumspolitik vollzogen, daß die norddeutschen Zentrumsblätter in Zukunft ihre Artikel gegen das „oppositionell gesinnte“ Zentrum in Baden werden sparen können. Die „irredentistischen“ Zentrumsblätter im badischen Landtag sind regierungstraher geworden. Sie haben den Anschluß nicht veräußert und sind gerade wie ihre Kollegen in Württemberg zu Verrätern der Verfassungsreform geworden.

Zwei Jahrzehnte lang waren die Zentrumsblätter die lautesten Schreier um das direkte Wahlrecht. Die Wahlkämpfe zur zweiten Kammer wurden über ein Jahrzehnt lang unter der gemeinsamen Parole des direkten Wahlrechts vom Zentrum und der Sozialdemokratie gegen die Regierung und den Nationalliberalismus geführt. Das Auftreten des „vierten Standes“ in der badischen Volksvertretung hat die Energie, mit welcher der Zentrumsführer Wader lange Jahre hindurch den Kampf für das lautlose direkte Wahlrecht geführt, nicht geschwächt und das Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie oder zwischen „Weihrauch und Petroleum“, wie es so lieblich von den Nationalliberalen genannt wurde, entlockte dem streitbaren Zentrumsführer zwar kilometerlange Artikel und Verteidigungsproklamationen, brachte ihn aber von seiner Taktik nicht ab. Auch die Sozialdemokratie übertraf in der Wucht der Agitation für das direkte lautlose Wahlrecht nicht das Zentrum, und einen bissigeren Kritiker der Regierung zu dieser Frage als den Zentrumsführer konnte man sich nicht denken.

Der Nationalliberalismus spielte dieser äußerst vollstimmlichen Draufgängerei des Zentrums gegenüber die Rolle der unersäglichsten Regierungspartei und stellte sich äußerst schwerhörig. Mein die anbauenden Mandatsverluste und das Aufsteigen des Zentrums und der Sozialdemokratie stellten sein Gehör mit der Zeit doch her, und vor drei Jahren wärmte der Nationalliberalismus die eiskalte Stimmung des Bürgertums für sich wieder auf mit der Forderung des direkten Wahlrechts. Diese Schwendung

war auch mitberurteilt durch die bei den Nationalliberalen sehr spät aufgedämmerte Erkenntnis, daß die Agitation für das direkte Wahlrecht beim Zentrum eigentlich nur eine Weitsche sei, um die Regierung für die alten kirchenpolitischen Forderungen des Zentrums, speziell die Klosterfreiheit, mürbe zu machen. In diesem Punkt aber verstehen die Nationalliberalen Badens keinen Spaß. Denn soweit überhaupt noch Leben in diesem politischen Kadaver sich zeigt, rührt es von der Galvanisierung mit kulturkämpferischen Gedanken her.

In der Regierung waren inzwischen Wechsel eingetreten, die das Zentrum nur versöhnlich stimmen konnten. Man witterte Morgenluft und Klosterluft. Auch der Wechsel auf dem erzbischöflichen Stuhl in Freiburg erhöhte die Chancen des Zentrums. Man brauchte jetzt „versöhnliche Politiker“. Für Baden war der Zeitpunkt nahe, wo das Zentrum sich aus einer Oppositionspartei in eine Regierungspartei verwandeln konnte, weil die Hauptursache der großen Fehde, die prinzipielle Abneigung der Regierung gegen die kirchenpolitischen Forderungen des Zentrums, geschwunden waren. Nun konnte man in andern weniger wichtigen Dingen, um die man bisher so laut geschrien hat, auch sanftere Töne anschlagen, und das Gegenstück zu dem Umschwung in den Ansichten der Nationalliberalen über die Wahlrechtsfrage war am Schluß des letzten Landtags 1901-1902 die Erklärung des „nur für seine Person sprechenden“ Zentrumsmannes Lehner, daß er unter Umständen auch für Kautelen gegen die radikale Massenwirkung des direkten Wahlrechts zu haben sein würde.

Das war das Signal zum allgemeinen Rückzug. Der bisherige Führer Wader kehrte nicht mehr in den neuen Landtag zurück; „aus Gesundheitsrücksichten“ natürlich. Es zweifelt aber kein Vernünftiger daran, daß er, der entschlossene und rücksichtslose Soldat der Ecclesia militans abtreten mußte, weil man in der Kurie seine Arbeit für getan erachtete. Jetzt waren die Diplomaten des Zentrums bonnöten. Sie kamen, unter ihnen der Freiburger Abbotat Lehnerbach, und diese Leute haben nicht nur der Regierung, sondern noch mehr dem Feudaladel der ersten Kammer bei den Arbeiten über die Verfassungsreform so weitgehende Zugeständnisse gemacht, daß selbst die Nationalliberalen, die früheren Gegner des direkten Wahlrechts, erklärten, so hohe Preise wie das Zentrum für das direkte Wahlrecht nicht zahlen zu können.

Die Rollen haben sich vertauscht. Das Zentrum ist auch in Baden glücklich an der Krippe der Regierung angelangt. Es hat seinen Entwicklungsgang auch in demjenigen Bundesstaat durchgemacht, der durch seine liberale Vergangenheit dem Zentrum am meisten Widerstände zu überwinden gegeben hatte.

Das Zentrum in Baden hat seinen Kampf um das direkte Wahlrecht in demagogisch verfälschtem Sinne geführt, gerade wie in Württemberg und in Bayern. Es hat mit beiden Händen der Regierung und der Kammer geholfen, die demokratischen Wirkungen des direkten Wahlrechts in der zweiten Kammer durch die Stärkung und Neubelebung der ersten Kammer völlig zu nichte zu machen. Es hat sich nicht scheut, die ausschlaggebende Stellung der zweiten Kammer zugunsten der Oberhäuser aufzugeben. Es hat um kirchenpolitischen Forderungen willen nach

einer jahrzehntelangen Komödie eines Kampfes für das direkte Wahlrecht die Sache dieses direkten Wahlrechts ver-raten.

Auch in Baden zieht die Reaktion unter der schwarzen Fahne im Lande ein, und der nächste Akt des politischen Dramas, der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum, beginnt nun auch für das „Musterländchen“.

Aus der Parteibewegung.

Vorschläge des Parteivorstandes auf Aenderung des Organisationsstatuts.

Die vorgeschlagenen Aenderungen sind durch **Nachdruck** hervorgehoben.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt. **Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteiangehörige Mitglied einer sozialdemokratischen Vereinigung sein.**

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines großen Verstoßes gegen die Grundätze des Parteiprogramms oder die **Schlüsse der Partei-Organisation**, oder wer sich einer solchen Handlung schuldig macht.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein **Schiedsgericht**, das der Parteivorstand beruft. **Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.**

Die Hälfte der Weisiger wird von der Organisation bezeichnet, die den Ausschluß beantragt, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinigung geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz 1 aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen 4 Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens 2 Wochen **Schiedsrichter zu ernennen**, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich be-

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Der Kraft-Mayr.

Ein humoristischer Lustroman.

Dem Andenken Franz Liszts gewidmet von Ernst v. Wolzogen (65. Fortsetzung.)

Das alte kleine Haus war bis auf den letzten Platz besetzt, und man bemerkte im Parkett wie im ersten Rang eine ganze Anzahl von musikalischen Berühmtheiten, auswärtigen Kritikern und vornehmen Freunden des Musikmeisters. Die großherzogliche Familie mit ihrem Hofstaat nahm in der großen Mittelloge Platz, was an sich schon der Vorstellung eine gewisse Feierlichkeit verlieh. Die Familie Burmeister saß im ersten Rang rechts, auf der ehemals adligen Seite, und zwischen der überausstarken Frau Konjul und der rundlich holden Thelka blähte sich Antonin Prozewalsky auf. In der Fremdenloge saß Jean d'Ortern neben dem Prinzen eines mediatisierten Fürstentums und dessen schöner Gattin. Er benutzte fleißig sein Opernglas und nickte lächelnd bald hierhin, bald dorthin Bekannten zu. Der Baron von Nied, Loby Tomatschek nebst Tochter, Peter Gais mit seiner ergebenden Freundin und Florian Mayr saßen im Parkett beieinander. In der kleinen Orchesterloge des Intendanten erschien kurz vor Beginn der Vorstellung Franz Liszt. Man hatte ihm ein Tischchen mit zwei Stühlen in die Loge gestellt. Darauf legte er seine Partitur, um während des Spiels nachlesen zu können. Auf der linken Seite des ersten Ranges bemerkte Florian mit lebhafter Verwunderung Klonka Badacs in Gesellschaft des dünnen Wäster Crookes. Die Boys waren nicht dabei — die durften vermutlich noch nicht ins Theater gehen!

Florian behielt bis zu Beginn des Vorspiels die Burmeisters soviel als möglich im Auge. Er bemerkte, wie der Pole mit zur Schau getragener Zärtlichkeit fortwährend Thelka ins Gespräch zu ziehen versuchte, während diese sich immer wieder ungeduldig abwandte und eifrig ihr Opern-

glas benutzte. Suchte sie vielleicht ihren ehemaligen Lehrer und treulosen Freund? Jetzt verfolgte ihr Glas die Reihen des Parketts von hinten nach vorn. Florian erhob sich und drehte dem Orchester den Rücken zu. Da . . . jetzt schien ihn ihr Blick erfasst zu haben. Er grüßte sie mit den Augen und mit einem leichten Neigen des Kopfes, und sie legte das Glas beiseite, und es wollte ihm scheinen, als ob auch sie das dunkle Köpfchen ein wenig gegen ihn neigte. Im selben Augenblick brachte Prozewalsky seinen Mund dicht an ihr Ohr und flüsterte ihr etwas zu. Sie hob ärgerlich die Achseln empor und lehnte sich in ihren Sitz zurück. Der schöne Antonin nahm ihr das Glas aus der Hand und richtete es nun feinerseits auf Florian. Aber just in dem Moment wurde das Haus verdunkelt, und das Vorspiel begann.

Es dauerte keine Viertelstunde, so hatte Florian alles um sich vergessen und befand sich völlig im Wanne des merkwürdigen Kunstwerks. Er gehörte zu den wohl nicht sehr zahlreichen Zuhörern, die mit ungeteilter Aufmerksamkeit und aufrichtiger Bewunderung den etwas wirren Waden folgten, die der Geist des Meisters in der „Heiligen Elisabeth“ eingeschlagen hat. Das Werk ist von allem Opernhafsten zu weit entfernt, zu kirchlich in seinem Stil und überdies im Aufbau zu undramatisch, als daß es auf der Bühne stark zu wirken vermöchte. Die naiver Zuschauer langweilten sich denn auch ganz gehörig, wachten nur beim Kreuzrittermarsch und bei der Gewitterzene aus ihrem sanften Kirchenschlafschen auf und waren froh, als die Geschichte ausgestanden war, während die Fachleute und besonders die näheren Freunde des Meisters und seiner Richtung über die vielen musikalisch bedeutsamen Einzelheiten und die religiöse Weibestimmung, in die das ganze Werk getaucht ist, eintig und voll Entzückens waren. Nach Schluß der Vorstellung blieben zahlreiche Gruppen, besonders der zugereisten Fremden, im Vestibül oder vor dem Theater stehen, um Liszt beim Herauskommen zu sehen. Zu diesen gehörte auch die Familie Burmeister, sowie Peter Gais nebst Anhang. Der arme kleine Herr Konjul war, schon während sie die Treppe hinunterstiegen, von seiner Gattin wegen

seines vielen Sähhrens an diesem Abend gehörig gerüffelt worden. Thelka, die dicht hinter der Mutter hergegangen war, hatte es gehört und machte sich im Vestibül an den Papa heran, um ihm tröstend zuzuflüstern: „Mach Dir nichts draus, Väterchen — ich fand es auch fürchtbar langweilig!“

Da trat Prozewalsky herzu, ein . . . jüngerer Herr geleidend, der gleichfalls zu dem weiteren Kreis der Lisztianer gehörte, und stellte ihn als seinen Freund vor. Frau Burmeister zog den Herrn sogleich in ein Gespräch und wollte alle möglichen Intimitäten über Liszts Lebensweise und sein Verhalten zu seinen Schülerinnen wissen. Die Auskunft, die ihr der junge Herr geben konnte, genügte ihr durchaus nicht. Sie beobachtete mit ihrem langgestielten Vornamen die harrenden Gruppen, ließ sich verschiedene Namen nennen und plagte dann auf einmal heraus: „Sagen Sie, wie kam man an Liszt herankommen? — Man macht einfach Besuch, nicht wahr? Es würde uns ungeheuer interessieren, einem seiner berühmten Nachmittagsempfangs beizuwohnen — nicht wahr, Willi?“

„Sawohl, richtig!“ erklärte der Konjul pflichtschuldigst. „Ja, wenn Sie irgendwelche Beziehungen haben,“ sagte der Herr.

„O, wir kennen die ganze musikalische Welt Declins!“ rief Frau Burmeister fast herausfordernd. „Außerdem hat unser zukünftiger Schwiegersohn dem Meister erst heute nachmittag eine sehr gewichtige Visitenkarte abgegeben: die Partitur seiner neuesten symphonischen Dichtung.“

„Ah!“ rief Antonins Freund mit einem etwas sonderbaren Lächeln, „das ist freilich . . . Morgen Abend ist übrigens großer Empfang bei Liszt. Der Hof ist da, eine Menge hervorragender Künstler und sonstige Berühmtheiten. Es dürfte ein ungemein interessantes Programm für die musikalischen Darbietungen geben. Der Bohme Smetana wird ein neues Klavierquartett vorspielen, ein hervorragender russischer Sänger wird sich hören lassen und dann — so richtig: Daniela von Nilom kommt ebenso von Reizen“

finden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. Die Delegierten der Reichstagsfraktion, deren Zahl den meisten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst. Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlussfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

Zum Internationalen Kongress in Amsterdam werden seitens der sozialdemokratischen Partei Belgens sämtliche Mitglieder des Generalrats (ParteiVorstand) entsandt, soweit dieselben nicht von lokalen Partei-Organisationen delegiert werden. — Von Italien werden, soweit jetzt bekannt, die Genossen Ferrini und Bossi und Professor Solbi auf dem Kongress vertreten sein.

Der Landesparteitag der Sozialdemokratie des Herzogtums Anhalt tagte am Sonntag in Gera. Diese Sitzung im „Ausland“ war deshalb nötig, weil im Herzogtum Sachsen-Anhalt an Sonntagen vor 8 Uhr nachmittags keinerlei Beratung öffentlicher Angelegenheiten gestattet ist, damit die Heiligkeit des Sonntags nicht verletzt wird. Der Massenbericht hat ein erfreuliches Bild. In den 9 Monaten der Berichtsjahre haben die Parteigenossen des Herzogtums rund 10 000 Mark aufgebracht, gewiß ein schöner Beweis von Opferwilligkeit. Die Landtagswahl erforderte einen Aufwand von 2078,66 Mark, die Nachwahl zum Reichstag einen solchen von 6005,75 Mark. — Ebenso erfreulich ist der Stand des Parteibaus der „Anhaltener Volkszeitung“, die unter den sämtlichen im Herzogtum erscheinenden Zeitungen die höchste Auflage hat. — Weiter haben wir den Verlust des Reichstagsmandats zu beklagen. Freilich — dies hat der Parteitag bewiesen — ist der Kampfesifer unserer Genossen dadurch nicht etwa erlahmt, im Gegenteil, er ist erst recht angefeuert worden. Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß wir bei erster Gelegenheit das Mandat wieder holen, um es dann hoffentlich dauernd behalten zu können. Um dies um so sicherer zu erreichen, ist eine durchgreifende Aenderung der Organisation beschloffen worden. Das Vertrauensmännerrecht soll durch eine Zentralorganisation für den Bereich des ganzen Landes ersetzt werden. — Von der Beschickung des Internationalen Kongresses in Amsterdam wurde im Hinblick auf die großen Ausgaben, die durch die Wahlen entstanden, Abstand genommen. — Einstimmig angenommen wurde die folgende Resolution:

„Die sozialdemokratische Partei in Sachsen-Anhalt spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft die Meinungsäußerungen innerhalb unserer Partei in einer solchen Form zum Ausdruck gebracht werden, wie es in einer Partei, deren Angehörige es mit der Erreichung der im Programm festgelegten Ziele ernst meinen, die Pflicht jedes einzelnen gebietet erfordert. Der zum Parteitag nach Bremen gewählte Delegierte erhält den Auftrag, zur Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse, wie in Dresden, in der entscheidendsten Weise mitzuwirken.“

Damit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht. Es steht zu hoffen, daß die Partei sowohl, als auch die Zeitung unter der neuen Organisation sich weiter in erfreulicher Weise entwickeln.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 20. Juli 1904.

— **Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins**, die gestern Abend tagten, waren meistens nur schwach besucht. Sie erledigten ihre Arbeiten überall ohne Zwischenfall und werden ihren Zweck, den Genossen, die die Generalversammlung besuchen, eine Orientierung über die vorgeschlagenen Personen zu ermöglichen, erfüllen. Hier der Bericht über die einzelnen Versammlungen:

Altstadt.

Die Versammlung war gut besucht; es waren ungefähr 150 Mitglieder anwesend. Genosse Großkopf gab den Bericht der Bezirksleitung, wobei er bedauert, daß bei der im März vorgenommenen Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder die Beteiligung eine so schwache ge-

wesen sei. Es waren 50 Mitglieder gewonnen worden; der Bezirk zählte jetzt 336 Mitglieder. Nach dem neuen Statut soll Magdeburg in drei Bezirke geteilt werden, und zwar Friedrichsstadt-Werder, Altstadt-Nord und Altstadt-Süd. Nachdem der Genosse Mühs Bericht über die Anwesenheit gegeben und erklärte, daß die Redaktionen alles in bester Ordnung gesunden gaben, wurde zur Wahl der Delegierten in drei Bezirken geschritten. Es wurden gewählt für Altstadt-Nord: Genosse Albin als Bezirksleiter und Otto Müller als Kassierer; für Altstadt-Süd: Genosse Henning als Bezirksleiter und Schneider als Kassierer, und für Friedrichsstadt-Werder: Genosse Niemann als Bezirksleiter und Weg als Kassierer. Weiter wird beschloffen, die Generalversammlung folgende Genossen zur Wahl vorzuschlagen: Zum Internationalen Kongress den Genossen Wader; zum deutschen Parteitag in Bremen die Genossen Wader und Haupt; zu Vorstandsmittgliedern die Genossen Wader, Vorländer, Richter, Kassierer und Frau Bethge, Schriftführer; zur Presskommission, Altstadt-Nord: Genosse Mühs, Wader und als Ersatzmann Ostert; Altstadt-Süd: Genosse Alwin Brandes und als Ersatzmann Genosse Mühs, Friedrichsstadt-Werder werden später ihre Vorschläge machen. Für den Ausschuss werden vorgeschlagen für Altstadt-Nord die Genossen Hinte und Orgas, für Altstadt-Süd die Genossen Hoffmann und Vandenberg, Friedrichsstadt-Werder die Genossen Hohnstein und Wubener. — Unter „Verschiedenes“ wird über die Nachlässigkeit einiger Bezirkskassierer geredet. Auf Antrag des Genossen Felge beschloffen die Versammlung, der Generalversammlung folgenden Antrag zu unterbreiten: Die Generalversammlung möge beschließen, in diesem Jahre eine Kassiererkonferenz zu veranstalten.

In Wilhelmstadt

Die Versammlung sehr schwach besucht. Die Nachlässigkeit vieler Genossen wurde scharf gerügt. Als Vorstandsmittglied wurden für die Generalversammlung vorgeschlagen die Genossen Wader (Vorländer), Richter (Kassierer) und Bethge (Schriftführer), als Ausschussmitglieder die Genosse Krone und Pantau, als Presskommissionsmitglied Addeke. Zum Bezirksleiter wurde Genosse Fietz wieder und Bieweg als Bezirkskassierer ernannt. Als Delegierte für den Parteitag wurden vorgeschlagen die Genossen Wader und Haupt, für den Internationalen Kongress Genosse Wader. — Genosse Pantau regt an, angesichts der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen überall dafür zu agitieren, daß sämtliche Genossen die preussische Staatsangehörigkeit erwerben. Genosse Wader will, daß die Diskussionen über das Parteiprogramm wieder aufgenommen werden. Auf Vorschlag Albers wird beschloffen, den Vorstand zu ersuchen, sofort nach Beendigung des Königsberger Hochverratsprozesses eine Volksversammlung einzuberufen, damit die agitatorisch wertvollen Einwirkungen dieses Prozesses in die Massen getragen würden. Gewünscht wurde zugleich, daß einer der Vertreter der „Hochverräter“, Rechtsanwalt Liebknecht oder Hanse, das Referat übernehmen möge. Sollten diese verhindert sein, so solle der Vorstand einen Magdeburger Referenten (vorgeschlagen wurde Albert) für den Vortrag gewinnen. Schluß der Versammlung gegen 10 1/2 Uhr.

Gute Neustadt.

Die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung beschloß, in der Generalversammlung für die Genossen Wader, Richter und Bethge als Vorstandsmittglieder des Vereins einzutreten. Vorher war der Bericht des Revisors entgegengenommen worden, der keine Veranlassung zu Debatten gab. Ueber die Aufgaben des Parteitages und des Internationalen Kongresses hielt Genosse Müller ein kurzes Referat, dabei die Beschickung beider Kongresse empfehlend. Eine lange Debatte schloß sich an. Schließlich wurde mit 22 gegen 19 Stimmen beschloffen, auf der Generalversammlung dafür einzutreten, daß der Internationalen Kongress in Amsterdam von Magdeburg aus nicht beschickt werde. Genosse Pfannkuch soll das Mandat auch für Magdeburg erhalten. Als Delegierte zum Parteitag in Bremen wurden die Genossen Wader und Wader vorgeschlagen. Zum Bezirksleiter wird Genosse Grandler, zum Bezirkskassierer Genosse Wader ernannt. Als Presskommissionsmitglied wurde Genosse Königke wieder bestätigt; in den Ausschuss sollen die Genossen Koppe und Lange delegiert werden. Beschloffen wurde außerdem noch, daß wie bisher am Dienstag nach dem 15. jedes Monats die Bezirksversammlungen stattfinden sollen. In der Woche, in der die Bezirksversammlungen tagen, soll jedoch in Zukunft die Sitzung des Distriktsausschusses ausfallen.

Neue Neustadt.

Die Bezirksversammlung war von circa 80 Personen besucht. Genosse Heiden erstattete den Bericht über die stattgehabte Revision der Parteikasse. Anschließend hieran gab Genosse Giesecke Aufschluß über den Stand der Mitgliederbewegung, die Zahl der Mitglieder beträgt 530. Hierauf wurden gewählt zum Bezirksleiter und Kassierer die Genossen Giesecke und Heiden, zum Mitgliede der Presskommission Genosse Fr. Holzmacher, in den Ausschuss die Genossen Heide und Weger. Ferner wurde beschloffen, beim Punkt „Vorstandswahl“ in der nächsten Generalversammlung in Vorschlag zu bringen als 1. Vorständern den Genossen August Müller, zum Kassierer Genossen Richter, zum Schriftführer Genossen Franz Bethge; als Delegierte zum diesjährigen Parteitag die Genossen Wader und Haupt, Wader auch zum Internationalen Kongress in Amsterdam.

Es wurde noch ein Antrag des Genossen Giesecke angenommen, der Parteitag wolle Mittel und Wege finden, die politische Organisation auszubauen nach dem Muster der modernen Gewerkschaften; desgleichen ein Antrag des Genossen Feld, welcher vom Parteitag verlangt, persönliche Briefschaften baselöst nicht wieder zum Ausdruck zu bringen. Nachdem noch über Parteitag und Genossenschaftsbewegung gesprochen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Bezirksversammlung in der Sudenburg

war nur mäßig besucht. Genosse Hüft erstattete dieselbe um 8 1/2 Uhr. Genosse R. gab das Ergebnis des bei der letzten Revision festgestellten Kassenerichts bekannt, dabei bemerkend, daß die endgültige Abrechnung in der Generalversammlung erfolgt. Genosse Schaffner beantragt, daß künftig die Abrechnung in der Bezirksversammlung spezifizierter gegeben wird. Der Antrag wird angenommen. Als Bezirksleiter wird Genosse Hüft, als Kassierer Genosse Königke gewählt. Als Vereinsvorstand werden vorgeschlagen Genosse W. Wader als 1. Vorständern, Richter als Kassierer und Fietz als Schriftführer. Das bisherige Presskommissionsmitglied Wiegand wird wiedergewählt. In den zu errichtenden Ausschuss sollen die Genossen Otto Frenzel und Rob. Richter. Als Delegierte für den Parteitag in Bremen werden die Genossen Wader und Richter event. noch Brandes in Vorschlag gebracht. Letzterer soll, im Fall er die Wahl annimmt, auch für den Internationalen Kongress in Amsterdam die Vertretung übernehmen. Die Versammlung beschließt, daß falls Genosse Hüft als Schriftführer in der Generalversammlung vorgeschlagen werden sollte, dieser Vorschlag bekräftigt werden soll. Ferner wird angeregt, spätestens einen Bescheid einzuwirken. Genosse Hüft kommt noch einmal auf die letzte Generalversammlung zu sprechen und wünscht, daß endlich einmal die Agitation einheitlich geleitet wird. Nachdem Genosse Hüft aufgefordert, mehr wie bisher für die Gewinnung neuer Mitglieder und neuer Abonnenten für die „Volksstimme“ zu tun, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die am Montag Abend in Dudenau

abgehaltene Bezirksversammlung nimmt zunächst den Bericht des Revisors Geling entgegen. Für den Vereinsvorstand werden vorgeschlagen die Genossen Wader, Richter und Bethge. Als Bezirksleiter wird Genosse Hartwig, Kuhnert als Kassierer gewählt. Als Mitgliede der Presskommission wird Genosse Scharnwede und in den Ausschuss die Genossen Fust und Geling gewählt. Als Delegierte zum Parteitag sollen Haupt und Weg. Müller in Vorschlag gebracht werden, letzterer auch zum Internationalen Kongress, als Stellvertreter Brandes. Angenommen wird ein Antrag: In der Generalversammlung der Delegierten zum Internationalen Kongress zu verpflichten, für den Beschluß des Pariser Kongresses, betreffs Arbeitsruhe am 1. Mai, einzutreten.

— **Gegen den Durst, den man zweckmäßigerweise nicht mit Alkohol stillt**, empfiehlt ein Praktikus im „Vorwärts“ folgendes Mittel: Das Durstlöschende im Wein und namentlich im Weißbier besteht in dem Kohlenäure- und Pflanzensäuregehalt desselben. Ihr Alkohol- und Gopfengehalt übt keinerlei durstlöschende, sondern nur momentan aufregende, bald nachher aber erschöpfende Wirkung aus. Ein stark Kohlenäure und Pflanzensäure — Weinsäure oder Zitronensäure — enthaltendes, daher noch besser als Bier durstlöschendes, dabei angenehm schmeckendes, gesundes und billigeres Getränk kann sich jeder selbst bereiten, wenn er eine gute Messerspitze voll doppeltkohlenäurehaltigen Natron und eine ganze Messerspitze voll Weinsäure oder Zitronensäure (ich ziehe letztere vor) schnell durch Umrühren in einem Glase frischen Wassers auflöst. Man kaufe sich in einer guten Drogenhandlung 1/4 Pfd. doppeltkohlenäurehaltigen Natron und 1/4 Pfd. pulverisierte Weinsäure oder Zitronensäure, wofür man in einem realen Geschäft 70 bis 80 Pf. bezahlt und womit man sich reichlich den ganzen Sommer über erfrischende und ausgezeichnet durstlöschende Getränke an der Arbeitsstätte und zu Hause zubereiten kann. Man hält sich dieselben am besten in zwei Holz- oder Pappschachteln vorrätig, und es kann jeder die gebrauchten Mengen ganz nach seinem Geschmack und der herrschenden Temperatur wählen und ändern, bei großer Hitze etwas mehr Säure, bei kühlerer Bitterung etwas mehr Natron. Man wird es nicht bereuen, wenn man einen Versuch damit macht. Zur Abwechslung kann man auch statt Zitronensäure einmal etwas Essig nehmen oder eine gute

herüber, hab ich gehört — Sie wissen doch: die älteste Tochter von Frau Cosima!

„Da müssen wir hin!“ rief die Konsulin aufgeregt. „Um jeden Preis! Wir geben noch einen Tag zu; nicht wahr, Willi?“

„Wir sind ja noch gar nicht einmal vorgestellt,“ wandte Herr Burmeister schüchtern ein.

„Ach was, wozu haben wir denn einen Schwiegersohn in spe!“ lachte Frau Olga übermütig. „Nicht wahr, lieber Antonin, Du besorgst uns das?“

Antonin fuhr sich durch die Locken und schniefte, hilflos um sich blickend: „Ahn, ahn — ich weiß doch nicht . . .“

„Ja, mein Gott, dann machen Sie sich doch an eine einflußreiche Persönlichkeit heran!“ entsetzt Frau Burmeister ungeduldig. „Wer hat denn hier bei Rätz am meisten zu sagen?“

Antonins Freund verzog höhnisch den Mund und antwortete: „Ja, wenn Ihr Herr Schwiegersohn die Ehre hätte, den berühmten Herrn Watz zu kennen, dann dürften Sie vielleicht noch hoffen, meine Herrschaften!“ (Fortsetzung folgt.)

Russisches.

(Nach eigenen Berichten.)

Wie Dalni erbaut wurde.

Im gegenwärtigen Moment, wo die zarische Regierung sich auch auf dem Gebiete der militärischen Verteidigung der Reichsgrenzen unfähig und ohnmächtig, trotz der Millionenarmee und des zweimilliarden Budgets, erwies, tauchen manche Enthüllungen auf, die es klarlegen, wie die gewaltigen Niederlagen „vorbereitet“ wurden.

Die Stadt Dalni, die jetzt von den Japanern besetzt ist, wurde unter der Leitung eines jungen Ingenieurs gebaut, der diesen Auftrag dank der Protektion seiner Frau, der Tochter eines Generals, bekam. Sein Gehilfe war der Ingenieur Timm. Man trat mit großem Eifer an die Arbeit heran, und man baute Kasernen, Lagerhäuser, Restaurants, Cafes, Schanzen, Beamten-

häuser, nur um die Befestigungen kümmerte man sich wenig. So entstand eine Stadt, die auf Einwohner wartete. Die Ingenieure mit ihren Frauen und Maitressen besuchten oft Dalni als ihren Lieblingsort für ungenierten Zeitvertreib. Mitten auf der Straße richteten sie ihre Gelage ein und ergötzen sich an den Fontänen aus dem Champagnerflaschen. Nach solchen Ausflügen lehrten sie in laut fröhlicher Stimmung nach Port Arthur zurück, dann hatten die Schupkeute die Einwohner, sich nicht in der Nähe von den Restaurants aufzuhalten, denn der Stadthauptmann von Port Arthur und Ingenieure von Dalni amüsieren sich, und da haben sie die läßliche Gewohnheit, die leeren Flaschen durchs Fenster zu werfen.

Die Maitresse des Ingenieurs Timm war der Mittelpunkt der Lebemannergesellschaft. Sie hat Timm um eine Anstellung für ihren Bruder. Man ließ ihn kommen und überwies ihm die Stelle eines Lagerhauseinsichters mit einem Gehalt von 100 Rubel monatlich, wobei man ihm aber versichert, seine Stelle sei ein goldner Boden. Der neue Aufseher war aber ein ehrlicher junger Mann, arbeitete sehr fleißig und gewissenhaft und wollte nicht den Nebenwerb benutzen. Nach kurzer Zeit mußte er wegen zu geringen Gehalts die Stelle aufgeben, und Timm äußerte sich, er sei mit ihm unzufrieden gewesen, denn er arbeite zwar gut, aber besetze ganz nutzlos eine Stelle, welche einen andern zu einem Krönchen gemacht hätte. An seine Stelle wurde sodann ein notorischer Dieb eingeladen.

Als die Stadt fertig war, begab sich Timm nach Petersburg, wo er sich Polizei zur Räumung seiner Wohnung von seiner Maitresse ausbat, und kehrte mit seiner jungen Frau zurück, die er mit wahrhaft königlichem Prunk umgab. Der Untersuchungsrichter ersuchte ihn, für den Unterhalt seiner gewesenen Hauswirthin zu sorgen, Timm aber antwortete, er könne nicht alle Frauen unterhalten, mit welchen er im fernem Osten ein Verhältnis hatte.

So lebten und wirkten die Stadtbürger, die wohl gründlich an den Vorbereitungen zum Empfang des Feindes mitgewirkt hatten . . .

Die Munition.

In Schanghai wurde im russischen Konsulat eine Untersuchung wegen einer Affäre eingeleitet, die im fernem Osten die höchste Sensation erregt. Am Vorabend des ersten Ueberfalls des

japanischen Geschwaders auf Port Arthur dampfte von Schanghai ein Schiff der Ostasiatischen Compagnie — „Mandschurija“ — ab (nicht zu verwechseln mit dem Dampfer der Ostchinesischen Eisenbahn, welcher den gleichen Namen trägt). Das Schiff war mit Munition geladen, der Kapitän und die Offiziere waren Dänen-Protogees der Kaiserin-Witwe. Der Befehl hieß, mit der größten Geschwindigkeit nach Port Arthur zu gehen. Das Schiff ging aber mit einer Geschwindigkeit von 1/2 Knoten, statt 6 Knoten. Als es auf offener See eine Gruppe russischer Schiffe bemerkte, kehrte es um und verschwand vom Gesichtsfeld. Dann näherte es sich dem japanischen Geschwader zu und ergab sich.

Eine Genden-Überraschung.

In Petersburg spendete eine hochansehnliche Dame eine große Partie Genden für das „Rote Kreuz“ und übergab sie dem Gendenlager, welches sich im Palais der Kaiserin-Witwe befindet. Nach einigen Tagen wollte die Dame ihre Gabe durch eine neue Partie Genden vervollständigen und wandte sich an die Verwaltung des „Roten Kreuz“ mit der Anfrage, wo sie eine Menge Wäsche fertig bekommen könne, da empfahl man ihr ein Geschäft, welches prompt und gewissenhaft ihre Bestellung ausführen würde. Die Dame begab sich nach dem empfohlenen Geschäft, und da überreichte man ihr — dieselben Genden, die sie schon einmal im Palais der Kaiserin-Witwe hatte abliefern lassen.

Soch Japan!

In Lublin veranstalteten die örtlichen Behörden ein „patriotisches“ Schauspiel im Theater. Man führte Kinematographenbilder aus dem Kriegsschauplatz auf. Bei der Aufführung des Salu-Übergangs begann das Publikum, welches meistens aus Arbeitern bestand, zu schreien: „Soch Japan! Soch Japan! Bravo, Japaner!“ Die Szene der Einrichtung der japanischen Offiziere wurde mit fürmischen antirussischen Rufen empfangen. Der Polizeimeister erzielte sofort den Befehl, die Schreier zu verhaften, die Polizei konnte sie aber nicht ausfindig machen, und man mußte den patriotischen Kinematographen wegchaffen.

Scheibe von einer frischen Zitrone. Der künstliche Zitronensaft ist verhältnismäßig teuer und nicht immer ohne Zusatz. Wer diese Brauselimonade lieber trinkt, kann auch entsprechend Zucker zusetzen. Solche Mischungen erfordern allerdings gutes, frisches Trinkwasser und das fehlt uns hier in Magdeburg, solange wir an die Elbe gebannt sind.

Provinz und Umgegend.

Sinterbliebenenfürsorge in der Gemelube.

Der Gemeinderat von Dessau beschloß einstimmig, vom 1. Juli ab für die ständigen in städtischen Diensten stehenden Arbeiter die Sinterbliebenenversorgung einzuführen. Man rechnet vorläufig mit einer Belastung des Staats von jährlich 3000 Mark. Die Witwen- und Waisengelder werden nach der „kommunalen Praxis“ als eine freiwillige Zulage (also ohne Rechtsanspruch) gewährt; die Witwengelder betragen 4 des durchschnittlichen Verdienstes des Verstorbene, die Waisengelder für Vollwaisen 1/2 und für Halbwaisen 1/4 des Witwengeldes. Die städtischen Arbeiter werden dadurch in einer Hinsicht besser gestellt als die städtischen Beamten, weil die städtische Witwenkasse, der die Beamten angehören, nur Witwenunterstützungen, nicht aber Waisengelder gewährt.

Voraussetzung für den Bezug dieser Sinterbliebenen-Versorgung ist, daß der Verstorbene

1. „zur ständigen Beschäftigung“ durch schriftliche Verfügung des Magistrates angenommen war. Diese Einstellung in ständige Beschäftigung soll bei voller Arbeitsfähigkeit und Gesundheit, sowie nach einer einjährigen Probezeit in einem städtischen Betriebe erfolgen.
2. nach der Annahme zur ständigen Beschäftigung mindestens 3 Jahre, und zwar nach vollendetem 25. und vor zurückgelegtem 50. Lebensjahre ununterbrochen im städtischen Dienst tätig gewesen ist;
3. bis zu seinem Tode bei der Stadt beschäftigt war oder lediglich infolge Arbeitsunfähigkeit entlassen werden mußte. Im letzteren Falle ist ihm bei seinem Austritt durch den Magistrat eine entsprechende Bescheinigung zu erteilen.

Das was hier eingeführt worden ist, ist zwar nicht viel, allein da in anderen Gemeinden noch viel weniger für die kommunalen Arbeiter geschieht, kann selbst das wenige der Stadt Dessau zur Nachahmung empfohlen werden.

Wranischweig, 19. Juli. (Polizeiaktion wegen einer alten Briefkastennotiz.) Wegen einer vor etwa 3 Monaten im „Stadtblätter“ gebrachten Briefkastennotiz, in der es heißt: „A. 100. Herr Pastor Seeländer. Nach Ingeleben fahren Sie über Schuppenstedt bis Walsenstedt bei Jerpeheim.“ ist in den Redaktionsräumen nach dem sorgfältigen Schriftstück vollständig gesucht worden, da Verdacht der Verleumdung und Urkundenfälschung besteht. Die Hausdurchsuchung war ergebnislos.

Osternitz, 20. Juli. (Konsumvereins-Versammlung.) Eine mäßig besuchte Versammlung der hiesigen Filiale des Konsumvereins Halberstadt fand Montag den 18. Juli bei Witwe Bahmann statt. Geschäftsführer Gosmann erstattete Bericht vom Genossenschaftstag in Hamburg. Das sehr umfangreiche Zahlenmaterial legte ein beherztes Zeugnis für die Fortentwicklung des Genossenschaftswesens ab. Auch die Ausführungen über Umsatz, Reingehalt, Erziehung von Lagerhäusern in beschiedenen Formen des Reiches, Uebertragung zur Eigenproduktion (Eisenfabrik in Alen) erweckten bei den Zuhörern großes Interesse. Den Bericht über die am 18. April stattgefundene Generalversammlung in Halberstadt erstattete Wittner. Derselbe gab aus derselben die wichtigsten Punkte, wie Einnahmen und Ausgaben des Vereins bis 1. April d. J., bekannt, wobei die Filiale hier selbst zum erstenmal mit 11 Wochen seit 15. Januar d. J. einbezogen war, die einen Umsatz von über 11000 Mark erzielte; der Gesamtumsatz erreichte die Höhe von 34893 Mark (inklusive Halberstadt) für 1/2 Jahr. Ferner gab Wittner den Verkauf des Grundstücks in der Walsenstraße bekannt, worin ein wesentlicher Vorteil für den Verein und seine Mitglieder zu erblicken sei. Hierauf wurde das Bierentgelt eingehend diskutiert, und wurde allseitig der Wunsch ausgesprochen, daß die Mitglieder einen regen Gebrauch von diesen Einrichtungen machen, wie auch überhaupt den ganzen Bedarf nur im Konsumverein decken möchten. Daburh nur sei es möglich, unsere Garauksmacher (Tabak-Sparverein hier selbst, welcher nebenbei bemerkt auch ein gut Teil abbekam) zu belehren. Bierentgelt für Kohlen, Holz usw. ist Herr Feuerstein, für Fein- und Weißwaren-Wägerei Herr Paul, Neulichenstraße. Mögen die Mitglieder regen Anteil an allen Vorhaben nehmen, dann wird unsere Filiale blühen und gedeihen. Trotz alledem!

Quedlinburg, 20. Juli. (Familie Dippe und Mirbach.) Im „Vorwärts“ finden wir folgende interessante Mitteilungen: In Quedlinburg, der Blumenstadt, bekannt durch seine Weltweitgenießernden Blumenzüchtereien, sibt die Firma Gebr. v. Dippe, welche die größte Samenkultur betreibt und deren Handel so ziemlich in das ganze Ausland geht.

Eine im Jahre 1897 traten die damaligen beiden Firmeninhaber Karl und Fritz Dippe, avers mit größeren Stiftungen in die Öffentlichkeit. So stifteten sie für ein Kriegerdenkmal 25 000 Mark, ferner für den Deutschen Kriegerbund jährlich 8000 Mark. Alsdann erstreckten sich die beiden Brüder Herrn v. Mirbach gefällig, indem sie für dessen Verdienstwert, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, größere Aufwendungen machten, so z. B. 25 000 Mark zur Kanzel und 50 000 Mark zur Orgel. Nicht lange nachdem die „Quedlinburger Zeitung“ die Nachricht über diese Verdienste brachte, konnte dasselbe Blatt berichten, daß Herr Karl Dippe zum Kommerzienrat und Herr Fritz Dippe zum Dekanalerat ernannt worden seien. Aber bald nach dieser für die beiden Brüder Dippe gewiß unerwartet gekommenen Volkshuld wurde ihnen noch weit größere Freude zu teil, sie wurden in den Adelsstand erhoben und Frau Karl Dippe erhielt den Kaiserorden, den sie fleißig auf ihren Wagenfahrten spazieren führte. Allerdings sind beide Brüder v. Dippe auch Patrioten bis auf die Knochen gewesen, denn abgesehen von ihren Stiftungen für Kriegervereinszwecke, sollen sie ihrem Patriotismus um jene Zeit noch ein weit größeres Opfer für Florenz gebracht haben.

Zweifellos hatten es ja die Neugedankten dazu, und nur der höchste Mögliche könnte ihre Opfermütigkeit, welche nicht um Reichtumseifersicht, in Vergleich stellen zu den Söhnen, welche die schwer reichliche Firma ihren Arbeitern und Arbeiterinnen zahlt. Für eine Arbeitszeit von morgens 3 oder 4 Uhr bis abends um 6 und 8 Uhr (im Sommer) erhalten die Gespännknechte dieser Millionenfirma einen Wochenlohn von etwa 14 bis 15 Mark! Die Arbeiterinnen werden mit einem Tagelohn von 1 Mark bis 1,50 Mark und die männlichen Arbeiter mit einem solchen von 1,50 Mark (im Winter 1,40 Mark) bis höchstens 2,50 Mark bezahlt, und dies bei einer Arbeitszeit von mindestens elf Stunden im Sommer. Die Gärtnere erhalten einen Anfangslohn von ganzen 45 Mark pro Monat, welcher von Jahr zu Jahr um 3 Mark monatlich steigt.

Die mehr als 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen derer v. Dippe leben durchweg in sehr dürftigen Verhältnissen, gleichwohl aber herrscht bei ihnen allen die rührende „Zufriedenheit“, denn dafür sorgt wieder

zum die Firma — ganz in Uebereinstimmung mit Arbeiter-schem Prinzipien —, daß nicht gewissenlose Geher und Aufwiegler ihres Deuts unzufrieden machen. Den v. Dippe'schen Deuten ist streng verboten, sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen oder gar das sozialdemokratische Parteielokal in Quedlinburg zu besuchen. Die Dippe'schen Arbeiter werden in ihrer Zufriedenheit durch das (ohne Bewußtsein der Firma) in letzter Linie die sozialistischen und schönen Spenden der Firma für kriegerische wie für kirchliche Zwecke aufbringen dürfen!

Saßweel, 18. Juli. (Ein Fortschritt.) Durch die neue Wasserleitung sind die „altbewährten“ Speizen unnötig geworden, daher ist der städtischen desoldeten Feuerwehr, welche laufend eine kleine Vergütung bezog und beim Feuer stundenweise bezahlt wurde, zum 1. Oktober gekündigt worden. Die freiwillige Feuerwehr bleibt bestehen, nur vermindert sich ihr Dienst, da sie sich jetzt der Hydranten bedient.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Freischützen in Wernigerode fiel aus einer der sogenannten russischen Luftschützen, bis ihrer Gefährlichkeit wegen in manchen Städten überhaupt schon verboten sind, ein junger Mensch. Auf dem Hüben liegend, wurde er nach von der Schauler erfasst und stark gequält. Er mußte dem Kreis-Krankenhaus zugeführt werden. Die Schauler wurde auf polizeiliche Anordnung für längere Zeit geschlossen. — In Lichte felde verunglückte der Pferdebesitzer des Rittergutsbesitzers Wüde dadurch, daß er auf den Spießballen stieg und mit ungelehrter Wucht gegen einen Walzen stieß. Hierdurch wurde ihm die Schädeldecke zertrümmert und er augenblicklich getödtet. — Am Freitag morgen hat der Maurer Heinrich Fink im Klein-Otterstieber Tische den Tod gesucht und gefunden. Längeres Krankenbett soll das Motiv zur unseligen Tat abgegeben haben. — Am Sonnabend abend verließ der Arbeiter Friedrich Meyer in Tangermünde, angeblich um zu haben, seine Wohnung, und kehrte nicht wieder zurück. Am nächsten Tage fanden Arbeiter auf der zweiten Bühne oberhalb der öffentlichen Wabenshallt Kleidungsstücke, welche die Ehefrau des M. als ihres Mannes erkannte. Zweifellos ist Meyer ertrunken. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden. — In Feldeleben mußten einige Schulklassen wegen der Mägen geschlossen werden.

Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg (Verlen-Strassammer).

Sitzung vom 19. Juli 1904.

Verfälschter Beitrag. Der Gausbierer August Kähler aus Verlin, geboren 1876, kam im Dezember 1903 nach hier und gab in der Zeitung unter falschem Namen eine Annonce auf, wonach von ihm ein Büfettier gesucht wurde, der mindestens 800 Mark Kaution stellen könne. Es meldete sich ein Kellner, der aber nach mündlicher Mißsprache Verdacht schöpfte und die Zahlung der Kaution ablehnte. Die Kammer verurteilte den Angeklagten wegen verfälschten Beitrags zu 100 Mark Geldstrafe ebent. 20 Tagen Gefängnis.

Bestrafte Rohheit. Der Stellmacher Paul Koch aus Wörlitz, geboren 1878, vorbestraft, betrat am 2. Januar d. J. zu Förderstedt und fing in der Herberge mit andern Fremden Streit und Schlägerei an. Dabei erhielt der Schlosser Golling von Koch einen Messerstich in den rechten Oberarm. Die Wunde verheilte, merkte sich derart, daß der Arm am nächsten Tage abgenommen werden mußte. Der Angeklagte erhielt wegen der Uebertretung 4 Wochen Haft, wegen der schweren Körperverletzung 4 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust.

Unterschlagnene Arbeitergehälter. Ein Strafprozeß gegen den langjährigen Kassierer der Bezirks-Waunungs-Kassenkasse zu Wina, den Mineralwasserfabrikanten Scheuer Johannes Hhlig, beschäftigte das Landgericht Dresden. Der Kassierer hat in den Jahren 1897 bis 1902 den Baumeister Kappel in Mönchstein um insgesamt 2673 Mark geschädigt, indem er diesem Versicherungsbeträge in dieser Höhe zu viel aberlangt hat. Auf den Namen der Kassenärzte stellte er Quittungen aus. Ferner unterschlug er Krankentassen-Unterstützungen, indem er den Arbeiter nach Willkür von den Unterstützungen Beträge abzog, die Quittungen aber auf die vollen Beträge ausstellte. Der Kassierer wurde wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 8 Monaten und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren verurteilt.

Postpaket Leckert als Dieb. Der aus dem Rederi-Wilgow-Prozeß bekannte Heinrich Leckert hatte sich in Verlin vor der dritten Strafkammer des Landgerichts 1 wegen Diebstahls und Unterschlagung zu verantworten. Mitangeklagt war sein Vater, der Kaufmann Bruno Leckert, der sich der Gehilerei schuldig gemacht haben sollte. Im vorigen Jahre war es Leckert geschick, im Bureau der Firma Borstg Instellung zu finden. Nachdem der Angeklagte nach 10 Monaten entlassen war, wurden zwei Preislisten vermischt, die für die Firma Borstg von großem Wert waren. Das Werk enthält Geschäftsgeheimnisse. Beide Angeklagte bestritten ihre Schuld. Leckert jun. wollte die Bücher verschentlich mit seinen eignen mitgenommen und, als ein Umzug bevorstand, den ganzen fast wertlosen Rest seinem Vater zum Verlaß übergeben haben. Leckert sen. behauptet, für sämtliche Druckfachen nur 2 Mark erhalten zu haben. Keiner der Angeklagten wollte eine Abnung von dem angeblichen Wert der beiden Preislisten gehabt haben. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die Firma Borstg dem Angeklagten Heinrich Leckert ein nach seiner Vergangenheit unberechtigtes Vertrauen geschenkt habe. Er sei im Rederi-Wilgow-Prozeß mit 1 1/2 Jahren Gefängnis und später in Altona mit 14 Tagen Haft bestraft worden. Im vorliegenden Falle liege ein besonders schwerer Vertrauensbruch vor. Der Gerichtshof hielt Unter-schlagung in zwei Fällen für erwiesen und verurteilte Heinrich Leckert zu 1 Jahr Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust, den Vater zu 6 Monaten Gefängnis.

Militär-Justiz.

Zwölf Stunden gegen zwei Leutnants verhandelt! Nach zwölfstündiger Verhandlung verurteilte das Kriegsgericht der 12. Division in Neisse zwei Leutnants vom Artillerie-depot Neisse wegen Verleumdung ihres Vorgesetzten zu je 3 Monaten Festung. Natürlich wurde die Verhandlung während der ganzen 12 Stunden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt, so daß darüber, was in den 12 Stunden zum Vorschein kam, nur Gerüchte kursieren, Bestimmtes aber nicht ermittelt werden kann.

Prüfende Unteroffiziere in der Marine. Das Kriegsgericht der Marine-Akademie in Kiel verurteilte den Unteroffizier Ueberhauser, Bootsmannmaat der Schiffsregate „Wolff“ zu 3 Monaten Gefängnis wegen schwerer Mißhandlung von neun Schiffsjungen, von denen einer nach der Schweiz geschickt ist.

Nicht mußten — trotz aller Verleumdungen! Dem Militär-gefangenen May Stronzel vom Festungsgefängnis Neisse hatte der Sergeant Dreindler gesagt: „Sie Grünschnabel, nehmen Sie die Nase geradeaus“, worauf er zurückgab: „Ich verbitte mir das, ich werde mich beschweren!“ Das Kriegsgericht hatte den Mann — wohlverstanden: den Gefangenen, nicht den, der ihn beschimpfte! — deshalb zu 4 Wochen strengen Arrest wegen Mißhandlung verurteilt und das Oberkriegsgericht bestätigte dieses Urteil.

Nach ein „Stellvertreter Gottes“. Das Kriegsgericht in Konstantz, so berichtet die „Frankf. Ztg.“, verurteilte den Unteroffizier Ringwald von Ostmezingen bei Wallingen, welcher sich in der gegenüber ungebührlich benahm und eine Brautjungfer beim Balbrand bei Abfertigung zu verzeihen wollte, zu 2 Jahren Gefängnis, 2 Jahren Ehrverlust und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstands. Straferhöhung kam in Betracht, daß durch das Verhalten des Angeklagten das Ansehen des Soldatenstands in Eigenheiten und Umgebung (also nur dort!) gelitten habe. Zu dieser „öffentlichen“ Verhandlung des Kriegsgerichts wurden vom Regiment etwa 12 Karten ausgegeben, die meist Unteroffiziere besaßen. Für die Presse war gerade noch eine Karte übrig.

Militärische Humanität. Ein Landwehrmann aus Trier hatte einen Gefellungsbehl zu einer vierzehntägigen Uebung erhalten. Da seine Frau schwer erkrankt war, reichte er ein Gesuch um Befreiung von der Uebung ein. Er rechnete ganz bestimmt auf Gewährung seiner Bitte, zumal da ihm bekannt war, daß die städtische Behörde das Gesuch mit der Bemerkung „dringend“ beantwortet hatte. Er glaubte unter diesen Umständen gar nicht sich stellen zu müssen und blieb am Tage des Antritts daheim. Das Gesuch war von der Militärbehörde nicht bewilligt worden! Es wurde nun gegen den Mann zunächst das Verfahren wegen — Fahnenflucht eingeleitet, schließlich aber in die Anklage auf unerlaubte Entfernung vom Heere umgewandelt. Das Kriegsgericht erkannte „mit Rücksicht auf seine bedrängte Lage“ mildernde Umstände an und verurteilte ihn zu der Mindeststrafe von 6 Wochen Gefängnis!

Noch einer! Das Kriegsgericht Düsseldorf verurteilte den Unteroffizier Emil Baumann von der 9. Kompanie des 16. Infanterie-Regiments in Mülheim a. Rh. wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Erstattung einer unrichtigen Meldung zu 4 Wochen Mittelarrest und Degradation.

Bermischte Nachrichten.

*** Ein gesunder Schlaf.** Aus West in Ostpreußen wird geschrieben: Ein Fall, wie er wohl einzig dastehen dürfte, ereignete sich dieser Tage vor dem hiesigen Schwurgericht. Während nämlich der Erste Staatsanwalt seine Anklage erredete hielt, den Angeklagten des wissenschaftlichen Meineides geseh und als erschwerendes Moment hervorhob, daß man einem Menschen, der wider besseres Wissen eine falsche Anzeige erstattet, sehr wohl einen Meineid, ja selbst das schwerste Verbrechen zutrauen könne, war der Angeklagte auf der Anklagebank sanft eingeschlafen und fiel unter mächtigem Gepolter lang auf die Erde.

*** Die Ansichtskarte der Hausagratier.** Aus Hamburg wird geschrieben: Das erste, was ein Mensch von guter Erziehung, der einen fremden Ort, eine Sommerfrische usw. besucht, zu tun verpflichtet ist, besteht in der Zusendung von Ansichtspostkarten an Verwandte, Freunde und Bekannte. Dies ist der kategorische Imperativ der Mode, vielleicht einer der harmlosesten Imperative dieser Tyrannin. Man will doch seinen Freunden ein Bildchen des Ländchens zeigen, in dem man weilte. Es ist jedenfalls ein harmloser Sport, dem die Ansichtspostkarte dient. Nun aber hat sich gezeigt, daß die Ansichtspostkarte auch einem äußerst praktischen Zwecke, dem Verkehr zwischen Mietern und Hausbesitzern dienen kann. In der so stark für das Praktische herangetragenen hamburgischen Handelsrepublik — vielleicht auch in anderen Städten — hat ein Hausagratier den Einfall gewagt, alle seine Mietkasernen zur bildlichen Darstellung für eine Ansichtskarte zu benutzen, und auf die Wohnungsbesuche in den Tageszeitungen verweist er statt der Offertbriefe diese Ansichtskarte, die alle Daten über die Anzahl der Räume, Mietpreise, „prachtige komfortable Ausstattung“ usw. enthält und mit photographischen Illustrationen versehen ist. Dies Verfahren hat bereits lebhaftige Nachahmung gefunden.

*** Die Eugenie aus Paris hoch.** Ein alter Diplomat schreibt der Wiener „N. Fr. Pr.“: Ueber die Hochzeit der Kaiserin Eugenie aus Paris kursieren so viel widersprechende Legenden, daß ich es angezogen finde, die einzig wahre Darstellung nach zu einer Zeit zu veröffentlichen, in welcher der einzige noch lebende Mitbester, der Graf Nigra, in Oesterreich weilt. Er wird am besten und verlässlichsten die nachstehenden Zeiten kontrollieren und bestätigen können. Napoleon war gefangen, ganz Paris stand nach dem Eintreffen der Engländer auf der Straße, und Tausende umlagerten die Tuilerien, in denen die Kaiserin Eugenie trotzlos die Hände rang. Das Palais zu verlassen, war sie nicht zu bewegen, und General Trochu, der die Aufgabe hatte, die Kaiserin zu schützen, verhielt sich reservert und wollte dem Verhängnis seinen Lauf lassen. Da erschienen unprovoked zwei treue Anhänger der Kaiserin, die Hofdamen, die Hofbeamten fast bis in den letzten Winkel füllten. Die Herren verlangten, der Kaiserin zu werden, der diensthabende Adjutant aber weigerte sich mit den Worten: „Es nicht Ihnen nichts, die Kaiserin wird die Tuilerien nicht verlassen.“ Da wagten die Diplomaten das Verzeihen, und öffneten selbst die zum Gemache der hohen Frau führende Tür. Sie schützten der Kaiserin die Situation, setzten ihr klar auseinander, daß sie unvermeidbar werden wäre, wenn sie länger bliebe, und der eindringlichen Verdrängung der Herren gelang es endlich, die Zustimmung Eugeniens zum Verlassen des Palais zu erlangen. Die Kaiserin nahm sich eine Mantille, und in Begleitung der Madame Lebreton eilte man durch die langen Gänge und die Bildergalerie. Die Kaiserin war kaum ins Freie, und mußte wiederholt getreten werden. Endlich langte man bei einem Koran; aber der Vorwärtler wollte nicht öffnen, trotzdem man ihm wiederholt gesagt, es handle sich um die Rettung der Kaiserin. Da stößt Fürst Metternich den Untertanen zur Seite und öffnet selbst das Tor. Tausende füllten den Platz vor dem Palais, doch zum Glück hielt eben ein Mann eine große Brandrehe gegen die Kaiserin, und sein Ruf jubelndes Jubelstimm wandte den Tuilerien den Rücken zu. Graf Nigra bemerkte einen Fiaker und ran den Fürsten, den Wagen zu holen. Im selben Augenblicke, da die drei Personen bereits im geschlossenen Wagen Platz genommen hatten und Fürst Metternich eben einsteigen wollte, rief ein halbwüchsiger Junge: „Da ist ja die Kaiserin!“ Der Fürst hält seine Hand vor den Mund des Burschen, der vor Schreden kein Wort mehr über die Lippen bringt, bestiegt rasch den Wagen, und die Metter und die Gerechtigkeit führen nun auf Wunsch der Kaiserin direkt zum Bahnhofs-Bau, den sie als einen ihrer Getreuen kannte. Ebens hier, nachdem sich die Kaiserin erholt hatte, einspannen und brachte sie an die Grenze. Niemand hatte eine Abnung, daß in dem Wagen des Bahnarztes die Kaiserin saß. Dies die authentische Geschichte von der Rettung der Kaiserin Eugenie.

Literarisches.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Siedelmann, Berlin W. 15. Verlag: Rade u. Kohn, Dresden. 4. Jahrgang, Nummer 14.

Die neue am 1. Juli erschienene Nummer enthält an erster Stelle einen Artikel Dr. Leo Kron's: Einiges von der Verfassung und Verwaltung der Städte und Landgemeinden in den östlichen Provinzen...

Vereine und Versammlungen.

Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter.

Am Sonntag, 17. Juli, vormittags 11 Uhr, tagte in Bartels Lokal eine stark besuchte Generalversammlung. Zum 1. Punkt erstattete der Kollege Hoffmann den Kasienbericht vom 2. Quartal 1904...

Metallarbeiter.

Die Arbeitsbedingungen bei der Firma Schäffer u. Sudenberg, die verschiedenartigen großen Maschinen, welche daselbst hergestellt werden, waren die Ursache zur Einberufung einer großen Fabrikversammlung...

Extra-Beschäftigung erhalten. Ebenso werden die Arbeitsverhältnisse für die Metallarbeiter. Trotz intensiver Arbeit, trotz größter Schuffert...

Vereins-Kalender.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Sonnabend den 23. d. M., abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung Fackelsberg 9. Gr.-Otterleben. Am Donnerstag den 21. Juli, abends 8 Uhr, findet bei Friedrich Strumpf die Sitzung...

Briefkasten.

Wahlkreis Magdeburg. Für die streikenden Steinseher in Berlin Nr. 12., gesammelt auf dem Gewerkschaftsfest in Gr.-Otterleben bei Strumpf.

Marktberichte.

Magdeburg, 14. Juli. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer, gut 170-174, mittel 165-168, gering bis 140, do. Kolben, Sommer, gut 174-178, do. Kauf- gut...

Viehmarkt.

Magdeburg, 19. Juni. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 197 Rinder, 193 Kälber, 279 Schafvieh etc., 775 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 37-39 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 34-36 Mark...

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Datum, Wasserstand, and other metrics. Includes locations like Varubitz, Brandeis, Leinitz, etc.

W. Coors Schuhwarenlager

Halberstädterstr. 116 Sudenburg Halberstädterstr. 116 empfiehlt der vorgerückten Saison wegen sämtliche Sommer-Schuhwaren zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Worhol Kaphengst kauft spart Geld. Wash- u. Kleiderstoffe zu Schleuderpreisen. Otto Kaphengst Bekleidungs-Versandhaus Sudenburg Halberstädterstraße 106a

Unterröcke Schürzen in größter Auswahl. Bazar Magdeburg Jakob- u. Peterstraße-Ede. Filialen: Budau, Thienstr. 1; Sudenburg, Halberstädterstr.; Wilhelmstadt, Annastraße 2; Neue Neustadt, (Z. Büdels) Lüderstraße 47

Bräuerei und Restaurant am Weinberg Weinbergstraße No. 23. Empfehle von heute an wieder frisches Brauereibier, literweise 5 Pf. Sühler sowie Doppelstier in Flaschen Braubier Braubier Norm. Esanicke J. S. Kahl

Einjahrbauer 10 stäbig, Stück 25 Pf., bei Mehrabnahme billiger. 176 Sämtliche Artikel zur Vogelzucht empfiehlt Neue Drogerie (Bruno Pletsch) 46 Hohepfortestraße 46. Versand frei ins Haus.

Tinte (tief schwarz) empfiehlt die Buchhbl. Volksstimme. Eier!!! Durch Konserbierung von über 20000 Schod Küstern sind täglich frische Küstereier billig zu haben. Hornig & Weinberg Gr. Mühlenstr. 1a

Empfehle meine Plätt-Anstalt Frau L. Bethge Suokau Thienstraße 18. Margarine. Bei Bäckern gut eingeführt. Vertreter wird per sofort unter günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht. Gef. Offert unter E. 2946 an Haasenstein & Vogler A.-G., Leipzig.

Liederbuch für Arbeiter - Radfahrer - Vereine

Herausgegeben vom Verlag des „Arbeiter-Radfahrer“, Karl Berg in Halberstadt. Preis 20 Pfg. Für jeden Radfahrer unentbehrlich! Buchhandlung Volksstimme

Delikate neue saure Gurken Stück 10 Pf. 174 Butterhdg. Edelweiss Ing. J. Lehmann Sudenburg Halberstädterstraße 40

Tagschneider auf Wochenlohn und tüchtige Rockschneider sofort gesucht. 25 Carl Michel Herren-Roden Bernburg, Kaiserstr. 20

Größtes Hausbrot, kräftig und wohlkumend, zu haben 13 Jakobstrasse 4. Saub. Schlafstellen werd. kostenfrei nachgewiesen im „Wohnungs-Nachweis“, Johannisstraße 8.

Ausputzer sucht Schmid, Pantoffelfabrik. Leopoldstraße 6. Viktorla-Theater. Donnerstag den 21. Juli 1904. Die berühmte Frau.

Barbierlehrling gesucht. R. Zimmermann, Summermannstr. 11

Deutscher Tabakarbeiter - Verband Zahlstelle Magdeburg Sonnabend den 23. Juli, abends 8 Uhr, im Verbandslokal, Fackelsberg 9 Mitglieder-Versammlung Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1904. 2. Bericht der Lohnkommission und Aufstellung eines Bohntarifs. 3. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 4. Verschiedenes.

Schönebeck. Reichshalle. Schönebeck. Donnerstag den 21. Juli, abends 8 Uhr Ausserordentliche Volksvereins-Versammlung wegen Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Parteiversammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Wilhelm Haas, Magdeburg, über „Die Stellung der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien zur Wahrung der Volksrechte“. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung in Aken. 3. Verschiedenes.

Standesamt.

Magdeburg, 19. Juli. Aufgebote: Buchhalter Karl Heinrich Dietrich Reimers in Altona mit Agnes Elise Minna Maertens hier. Dreher Eduard Schulze hier mit Karoline Mariel in Fernerleben. Bismarckmeister Paul Anders mit Gertrud Schmechtig. Friseur Jakob Mohr in Dessau mit Berta Dahlhelm hier. Kaufmann Otto Mittelstraß hier mit Gertrude Vartch in Neuhaldensleben. Kaufmann Adolf Gauditz mit Gertrud Blaser. Eisenbahn-Arbeiter Max Thiemann hier mit Anna Gedhardt in Ueplingen. Kermacher Otto Schweneke mit Anna Schulze. Geschäftsreis. Wilhelm Dammeier in Wolmirstedt mit Elisabeth Südemann hier.

Vom 19. Juli. Aufgebote: Wehgerber Georg Gust. Adolf Köpfer in Burg b. M. mit Berta Anna Emilie Ludwig. Eheschließung: Gerichtsassistent Hugo Hartmuth in Mansfeld mit Marika Lange. Geburten: Karl, S. des Straßenbahn-Schaffn. Wilh. Bengsch. Eheschließung: E. des Kaufm. Ferd. Dehm. Eise, E. des Kaufm. Aug. Hofstein. Todesfälle: Otto, S. des Weertmfrs. Jaf. Böffler, 10 M. 2 J. Karl, S. des Arb. Karl Großbeck, 2 M. 12 J. Heinrich, S. des Thiemann hier mit Anna Gedhardt in Ueplingen. Kermacher Otto Schweneke mit Anna Schulze. Geschäftsreis. Wilhelm Dammeier in Wolmirstedt mit Elisabeth Südemann hier. Eheschließungen: Maler Karl Richter mit Ida Großsch. Musiker Georg Grünbauer mit Marie Sturm. Geburten: Walter, S. des Arbeiters Peter Kubis. Max, S. des Kaufmanns Adolf Hoehnel. Dina, E. des Kellners Karl Ulrich. Ilse, E. des prakt. Arztes Dr. Johannes Freitag. Gustav, S. des Arbeiters Gustav Frähdorf. Heinz, S. des Arbeiters August Schnitzers. Frida, E. des Stellmachers Ernst Bloch. Friedrich, S. des Oberschweizers Friedrich Haas. Erna, E. des Fabrikarbeiters Max Brauer. Hildegard, E. des Hausdieners Fritz Schnod. Todesfälle: Hans, S. des Bäckers Paul Seidler in Calbe a. S. 7 M. 13 J. Otto, S. des Arbeiters Otto Weimede, 7 M. 17 J. Friedrich Mendorf, ehem. Arbeiter, 82 J. 8 M. 26 J. Heinrich Heße, Privatmann, 84 J. 1 M. 24 J. Karl Schröder, Eisenbahn-Rastellan a. D., 73 J. 2 M. 29 J. Helene, E. des Schneiders Gustav Röder, 24 J. Emma, E. des Arbeiters Otto Gummert, 4 M. 11 J. Sudenburg, 19. Juli. Eheschließung: Arb. Friedr. Lange mit Elisabeth Tophy. Todesfälle: Kgl. Lokomotivführer Louis Kobusch, 47 J. 6 M. 7 J. E. des Heizers Richard Heide, 8 M. 28 J. Albert, S. des Arb. W. Hamann, 3 M. 18 J. Budau, 19. Juli. Eheschließung: Robellischer Emil Richard Siebert mit Elise Kirchner. Geburten: Hermann, S. des Briefträgers Oskar Berny. Ida, E. des Schneiders Friedrich Sanger. Neustadt, 18. Juli. Geburten: Kurt, S. des Arb. Karl Brandt. Karl, S. des Postk. Karl Strachan. Hermann, S. des hiesigen Hieronymus Romat. Ilse, E. des Eisenb.-Stat.-Geh. Richard Bödel. Frida, E. des Fleischermeisters Walter Dehnte.

Eheschließungen: Hofmeister Friedr. Christian Schmidt hier mit Anna Emilie Meier geb. Leing in Magdeburg-Budau. Geburten: Marika, E. des Arb. Nikol. Böhme. Otto Hermann Gottfried, S. des Formers Ernst Lohse. Todesfälle: Ella Marika, E. des Arb. Friedr. Schwarzenau, 3 M. 26 J. Inbalde Aug. Mude, 63 J. 5 M. 3 J. Wackerhfen. Eheschließung: Hofmeister Friedr. Christian Schmidt hier mit Anna Emilie Meier geb. Leing in Magdeburg-Budau. Geburten: Marika, E. des Arb. Nikol. Böhme. Otto Hermann Gottfried, S. des Formers Ernst Lohse. Todesfälle: Ella Marika, E. des Arb. Friedr. Schwarzenau, 3 M. 26 J. Inbalde Aug. Mude, 63 J. 5 M. 3 J. Wackerhfen. Geburten: S. des Arbeiters Friedrich Henning. E. des Kaufmanns Wilhelm Friesleben. E. des Eisendrebers Richard Buchmeyer. Todesfälle: Walter, S. des Schlossers Ernst Schoof, 6 M. 2 J. Marika, E. des Tischlers Paul Richter, 1 M. 26 J. Gertrud, E. des Schneiders Hermann Schulze, 1 M. 16 J. Erich, S. des Restaur. Otto Eise, 4 M. Landwirt Willi Jaesch, 41 J. 1 M. 24 J. Schönebeck. Geburten: August, S. des Arb. Aug. Weisphal. Dora, E. des Tischlers Alwin Nelle. Otto, S. des Brauereiarbeiters Otto Köpke (Gr.-Salze). Todesfälle: Erich, S. des Fabrikarb. Heinr. Reich, 2 M. Ursula, E. des Kaufm. Otto Rusche, 1 J. Staßfurt. Aufgebote: Bädermeister Friedr. Hermann hier mit Mathilde Rehrhorn in Osterwied. Eheschließungen: Bergarbeiter Wilhelm Strohmeyer mit Berta Großhopp. Schneider Karl Rufine mit Helene Grittner. Geburten: S. des Schlossers Karl Schäfer. S. des Juweliers Paul Schulz. S. des Böttchers Friedrich Ulke. E. des Fabrikarbeiters Karl Westf. Todesfälle: Ruischer Reinhold Buchmann, 20 J. Arbeiterin Marianne Biel, 30 J. Luise Johanne Müller, 3 M.

Holzwaren

ca. 720 Stück	Frühstücks-Brettchen	Stück	7	pf.
ca. 1440 Stück	Schinkenteller rund Buchenholz	Stück	3	pf.
ca. 160 Stück	Frühstücks-Brettchen Schweinfenform und andre, Buchenholz	Stück	7	pf.
ca. 240 Stück	Messerputzbänke mit Füßen und Gabelriemen, ca. 36 cm lang	Stück	12	pf.
ca. 420 Stück	Löffelbretter 7 Loch, für Quirle und Löffel	Stück	7	pf.
ca. 280 Stück	Quirl-Garnituren 6teilig	Garnitur	22	pf.
ca. 420 Stück	Quirl-Garnituren 7teilig, inklusive Madelrolle	Garnitur	36	pf.
ca. 140 Stück	Stiefelzieher Buchenholz, ca. 32 cm lang	Stück	9	pf.

ca. 420 Stück	Fleischhammer groß	Stück	8	pf.
ca. 280 Stück	Fussbänke mit gedrehten Füßen, Größe 20/33 cm	Stück	34	pf.
ca. 10 000 Stück	Kleiderbügel	Stück	2	pf.
ca. 2000 Stück	Kleiderbügel mit Querstab	Stück	5	pf.
ca. 280 Stück	Schlüsselleisten Faschholz, mit aufgelegtem Schlüssel	Stück	9	pf.
ca. 500 Stück	Aermel-Plättbretter mit gutem Bezug	Stück	48	pf.
ca. 6000 Stück	Wäscheklammern	Stück	8	pf.
Ein Posten	Serverbretter mit elegantem Griff, Größe 26x36 cm	Stück	44	pf.

ca. 720 Stück	Rüchenbretter mit Griff, Buchenholz	Länge	35	29	24 1/2	cm
			24	13	7	pf.
ca. 290 Stück	Garderobenleisten initiiert Buchbaum mit 3, 4, 5 Haken	pro Haken	7	pf.		

ca. 3500 Stück	Quirle			
ca. 21	28	33	cm lang	
Stück	1	2	3	pf.

Einmache-Gläser

Einmache-Gläser	Inhalt ca.	1/4	1/2	3/4	Stk.	
	Stück	5	6	7	pf.	
Einmache-Gläser	Inhalt ca.	1	1 1/2	2	Stk.	
	Stück	8	10	14	pf.	
Einmache-Gläser	Inhalt ca.	3	4	Stk.		
	Stück	18	24	pf.		
Einmache-Gläser	Flaschenform, Inh. ca. 1/4 Liter	Stück	4	pf.		
Einmache-Gläser	mit Patentverschluss „Abler“	Inhalt ca.	1/4	1 1/2	2	Stk.
	Stück	25	30	35	40	pf.
Schrauben-Gläser	Inhalt ca.	1/2	1	Stk.		
	Stück	9	14	pf.		

Nur soweit Vorrat

Emaille

Schmortöpfe	14	16	18	20	22	24	cm	
Stück	28	34	39	51	62	72	pf.	
Wannen	40	45	50	cm				
oval	Stück	1.15	1.28	1.55	cm			
Teigschüsseln	30	32	34	36	38	40	cm	
Stück	65	75	85	98	1.15	1.25	pf.	
Kaffeekannen	10	12	13	14	15	16	18	cm
Stück	39	54	62	75	88	1.05	1.35	pf.
Wasserkessel	18	20	22	24	cm			
Stück	82	94	1.00	1.25	pf.			

Nur soweit Vorrat